

Die Schweizer Landwirtschaft
entfernt sich zunehmend von der Wirtschaft

Der bäuerliche Familienbetrieb – ein KMU?





Von Priska Baur
Projektleiterin bei Avenir Suisse

Die Schweizer Landwirtschaft hat viele Freunde. Das verleitet zu Lobbying anstatt Marktnähe.

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) versteht sich als Vertreter von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Schweiz. Müsste man da nicht erwarten, dass auch die landwirtschaftlichen Gewerbe zur grossen und vielfältigen KMU-Familie zählen? Haben viele bäuerliche und nicht bäuerliche Unternehmen doch miteinander gemein, dass es Mikro-Familienbetriebe mit einem bis drei Arbeitskräften sind, deren Produktion primär auf die Binnenwirtschaft ausgerichtet ist.

Erfolgreiche Bauernpolitik

Solches zu erwarten wäre realitätsfremd. Die Unterschiede zwischen landwirtschaftlichen und übrigen Gewerben sind bedeutsam. Landwirtschaftliche Gewerbe sind dem

Markt weniger ausgesetzt. Sie erhalten direkte Einkommenszahlungen und substanzielle Investitionsbeiträge und verfügen darüber hinaus über vielerlei Sonderrechte, beispielsweise im Boden-, Erb- und Steuerrecht oder in der Raumplanung.

Die unterschiedliche politische Behandlung von landwirtschaftlichen und übrigen Gewerben ist nicht zuletzt das Ergebnis einer mehr als hundert Jahre dauernden Lobbyarbeit der bäuerlichen Interessenorganisationen, allen voran des Bauernverbandes. Seit seiner Gründung im Jahre 1897 hat er stetig und beharrlich und mit Erfolg für den Bauernstand gekämpft.

Die Kehrseite der Medaille

Das Resultat: Die Schweizer Landwirtschaft hat die Produktion gewaltig gesteigert, aber von ihrem Einkommen erwirtschaftet sie nur knapp einen Drittel am Markt. Sie gehört damit weltweit zu den Schlusslichtern, was die Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungsmittelproduktion angeht. Zwei Drittel des Einkommens sind auf politische Massnahmen zum Schutz und zur direkten Stützung der Landwirtschaft zurückzuführen. Diese Politik wird mit der Multifunktionalität der Landwirtschaft begründet.

Wie wirksam und effizient der bestehende Agrarschutz und die direkten Einkommenszahlungen sind, um die gesellschaftlich gewünschten Leistungen der Landwirtschaft zu erhalten, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Die jahrzehntelangen Investitionen in politisches Lobbying unter der Führung des SBV haben sich für die Schweizer Landwirtschaft auszahlt. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Schweizer Bäuerinnen und Bauern ungenügend für eine weitere Öffnung der Märkte gewappnet sind. Sie haben vor allem gelernt, zu produzieren, aber kaum, sich als Unternehmer im zunehmenden Wettbewerb zu behaupten. Das ist ihnen auch nicht zu verargen, wurde doch während Jahrzehnten auch nichts anderes von ihnen verlangt, als möglichst viele Nahrungsmittel zu erzeugen.

Unterschiedliche Interessen...

Unter dem Dach des SGV sind mehr als 250 Berufsverbände versammelt. Die Vielfalt wirtschaftlicher Interessen erschwert es, auf politischer Ebene einseitige Branchenanliegen



zu verfolgen. Die Aktivitäten des Gewerbeverbandes richten sich denn auch eher auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die KMU auf einer ordnungspolitischen Ebene. Der Bauernverband betreibt demgegenüber eine bäuerliche Interessenpolitik. Laut eigener Zielsetzung

setzt er sich ein für den bäuerlichen Familienbetrieb, ein mit anderen Berufsgruppen vergleichbares Einkommen der Bauern sowie gesetzliche Rahmenbedingungen im Interesse der Bauern. Zwar gibt es im SGV Branchen, die im Schatten der Landwirtschaft von der agrarpolitisch moti-

vierten Marktabschottung und Einschränkung des Wettbewerbs profitiert haben. Die Spannungsfelder zwischen Landwirtschaft und Gewerbe sind jedoch im Wachsen. Es geht dabei nicht nur um Fragen des Preisniveaus für Agrarrohstoffe und der Belastung der öffentlichen Haus-



Da ist Ihr Prospekt jederzeit griffbereit.

Nutzen Sie das Potenzial von täglich 550'000 Kundenkontakten.

Sie möchten, dass Ihre Werbung messbar wird? Dann legen Sie Ihre Prospekte, Broschüren, Kataloge und Antwortkarten in unseren Dispensern auf. Ihre Werbebotschaft ist damit jederzeit für den Kunden griffbereit. Für mehr Informationen: **Telefon 058 338 38 38** oder **www.post.ch/publiposte**

PubliPoste – wo Profis werben

DIE POST 

Abstimmungsdatum	Vorlage	Parole SGV	Parole SBV
1. April 1990	Bundesbeschluss über den Rebbau	Stimmfreigabe	Ja
27. September 1992	Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB)	Nein	Ja
6. Dezember 1992	Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	Ja	Nein
12. März 1995	Gegenentwurf zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft»	Ja	Ja
12. März 1995	Änderung Landwirtschaftsgesetz	Ja	Ja
12. März 1995	Milchwirtschaftsbeschluss 1988 (MWB 1988)	Ja	Ja
9. Juni 1996	Gegenentwurf zur Volksinitiative «Bauern und Konsumenten – für eine naturnahe Landwirtschaft»	Ja	Ja
21. Mai 2000	Bundesbeschluss sektorielles Abkommen (Bilaterale I)	Ja	Ja
22. September 2002	Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	Ja	Ja
18. Mai 2003	Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten»	Nein	Nein
18. Mai 2003	Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» (Lehrstellen-Initiative)	Nein	Nein
25. September 2005	Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten (Bilaterale II)	Ja	Ja
27. November 2005	Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»	Nein	Ja
24. Februar 2008	Unternehmenssteuerreformgesetz II	Ja	Ja

halte durch die Agrarausgaben, sondern beispielsweise auch um raumplanerische Privilegien der Landwirtschaft. Zudem engagieren sich immer mehr KMU im Export und sind entsprechend stärker an offenen Märkten und klaren Handelsregeln interessiert.

...und gemeinsame Werte

Zwischen SBV und SGV gibt es allerdings auch wichtige Gemeinsamkeiten. Beide verfolgen eine grundsätzlich rechtsbürgerliche Politik, und Werte und Positionen stimmen bei vielen Fragen überein. Dies illustriert ein Vergleich der Abstimmungsparolen für ausgewählte agrar- und wirtschaftspolitische Vorlagen im Zeitraum 1990 bis 2008 (vgl. Tabelle). Gegensätzliche Positionen gab es beim bäuerlichen Bodenrecht, bei der EWR-Abstimmung sowie bei der Volksinitiative für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft. Ein gewisser Widerspruch zwischen bürgerlichen Grundwerten, für die eine Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land im Prinzip einsteht, und gelebter Praxis dieser Grundwerte ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Wohl kämpft man

zusammen mit der übrigen Wirtschaft für einen Abbau von Regulierungen, gleichzeitig sollen aber die Milliardenzahlungen zur Einkommensstützung aufrechterhalten werden, und von den Zumutungen des Marktes möchte man möglichst verschont bleiben.

Viele Freunde der Landwirtschaft

Im Jahre 2008 sitzen immer noch rund 30 bäuerliche Interessenvertreter im eidgenössischen Parlament. Es ist inzwischen Allgemeingut, dass die Landwirtschaft, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, in der Politik deutlich übervertreten ist. Ein Beispiel für die besondere Stellung der Landwirtschaft ist der «landwirtschaftliche Club», der seit den Zeiten des Bauernführers und ersten schweizerischen Bauernsekretärs Ernst Laur, also seit bald 100 Jahren, die «Angehörigen und Freunde der Landwirtschaft» vereinigt. Der Club steht allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern offen und zählt um die hundert Mitglieder. Obwohl die Bedeutung der KMU für die Schweiz ungleich grösser ist, dürfte

die Gewerbegruppe nicht mehr Mitglieder zählen als der «landwirtschaftliche Club». Der Trumpf der Landwirtschaft ist, dass es ihr immer von Neuem gelingt, die eigenen Interessen dienende Schweizer Agrarpolitik als dem Gemeinwohl dienlich zu verkaufen. Damit hat sich die Schweizer Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten aber auch zunehmend von der übrigen Wirtschaft entfernt.

Marktkompetenz anstatt Lobbying

Für die Zukunft ist die Schweizer Landwirtschaft gefordert, ihre Fähigkeiten und Kräfte weniger für politisches Lobbying einzusetzen als vielmehr dafür, sich am Markt besser zu behaupten. Es gibt nicht nur eine Nachfrage nach gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft, sondern auch eine Nachfrage nach qualitativ hochstehenden Nahrungsmitteln schweizerischer Herkunft. Wer mehr unternehmerische Freiheit will, wie es der Bauernverband immer wieder fordert, sollte auch bereit sein, mehr unternehmerische Risiken zu tragen. •